

MEINUNG

Ausbildungsplatzabgabe: Mit Zwang in die Krise



Die deutsche Lehrlingsausbildung ist eine Institution, die in guten, vergangenen Zeiten zu den Vorzeigebildungsobjekten des Standorts Deutschland zählte. Sie verknüpft unternehmerische Initiative mit gesamtstaatlicher Solidarität, führt junge Menschen praxisnah ins Berufsleben und hält sie so von den Klauen der Jugendarbeitslosigkeit fern. Das Arbeitsleben ohne Job zu beginnen ist schwerwiegend. Es bedeutet in aller Regel, lebenslang als „Zitrone“ zu gelten, als Problemfall, mit höherem Arbeitslosigkeitsrisiko und geringeren Einkünften als andere, gleich Qualifizierte. Die duale Lehrlingsausbildung ist deshalb hierzulande und international viel gelobt, obwohl sie erstaunlicherweise selten kopiert wurde.

Der Lack ist ab. Seit der Pisa-Studie ist das Vertrauen in die deutschen Bildungs- und Ausbildungsstandards geschrumpft, die Berufsausbildung wird als zu langatmig und nicht anpassungsfähig kritisiert. Immer mehr junge Menschen eines Jahrgangs schließen keinen Ausbildungsvertrag ab. Flugs wird das als eine Verweigerungshaltung der Wirtschaft interpretiert. Und schon ist der Staat auf dem Vormarsch: Im vergangenen Jahr wurde be-

reits jeder neunte der über 560.000 von den Unternehmen neu abgeschlossenen Lehrverträgen voll aus öffentlichen Mitteln finanziert.

Da liegt es nahe, gleich Nägel mit Köpfen zu machen: So wird gefordert, der Staat möge mit einer Ausbildungsplatzabgabe alle Unternehmen zu einem Beitrag zwingen. Ausbildende Betriebe könnten so für ihre Leistungen honoriert, Drückeberger und Schmarotzer unter den Unternehmen bestraft werden. Das klingt genial, ist aber ein Schildbürgerstreich.

Richtig ist: Viele Unternehmen sind derzeit nicht, oder nicht im gewohnten Umfang bereit, auszubilden. Dazu trägt die noch unsichere gesamtwirtschaftliche Lage bei. Noch immer sind wir einer jahrelangen Stagnationsphase nicht entronnen. Auch der Reformstau bei den sozialen Sicherungssystemen und in der Wirtschaftspolitik, für den Regierung und Opposition gleichermaßen verantwortlich sind, kann unternehmerische Initiativen nicht beflügeln. Zukunftsinvestitionen in Sach- und Humankapital werden folglich tendenziell zurückgestellt. Außerdem sind Angebotsmängel unübersehbar: Viele Jugendliche meiden bestimmte Berufsgruppen, sind schlecht motiviert und von der Schule mit unzureichenden Kenntnissen versehen. So wird Ausbildung zu einer Last, insbesondere für kleine Betriebe.

Unter diesen Bedingungen liefert eine Ausbildungsplatzabgabe nur ein fatales Signal für die Wirtschaft und den Standort Deutschland. Zu durchsichtig geriert diese Maßnahme zum Plazebo, das die politischen Widersacher des Reformprozesses ruhig stellen soll. Eine neue Bürokratie würde geschaffen, die neue Kosten entstehen lässt und einen guten Teil der Einnahmen aufsaugt. Ungeeignete Bewerber werden auch bei einer Abgabe nicht eingestellt. Dagegen werden Anreize geschaffen, sich dauerhaft von jeder Ausbildungsverantwortung frei zu kaufen. Hochwertige Ausbildungsplätze werden in jedem Fall teurer sein als die Abgabe. Damit wird der Verzicht auf Ausbildung zu einem guten Geschäft. Angesichts der demographisch bedingten Schrumpfung der Zahl junger Menschen die in den kommenden Jahren eine Berufsausbil-

dung suchen werden, ist die Abgabe eine falsche, panikartige Reaktion, die Gefahr läuft, das Gegenteil des Beabsichtigten zu bewirken.

Die duale Lehrlingsausbildung ist ein gutes, unbürokratisches Instrument. Die Unternehmen bilden aus, weil sich dies für sie lohnt. Große Betriebe vermarkten dies auch als Beleg ihres gesellschaftspolitischen Engagements. Jede Zwangsmaßnahme zerstört diese Motivation. Bewegung könnte bringen, die Ausbildungszeiten generell von drei auf zwei Jahre zu verringern und die Inhalte zu entschlacken. Auf zu spezifisches Wissen kann wegen der immer kürzeren Halbwertszeit von Wissen und der zusehends rascheren schöpferischen „Zerstörung“ von Humankapital verzichtet werden. Gefragt ist angesichts dessen ohnehin mehr denn je der Generalist, der berufs- und unternehmensspezifisches Wissen vor Ort im Betrieb erwirbt. Sinnvoll wäre deshalb auch eine neue, insgesamt mindestens einjährige Schulungskurse umfassende Weiterbildungsverpflichtung der Arbeitnehmer, die vor dem Erreichen des fünfzigsten Lebensjahrs eingelöst werden müsste.

Versagt die Hauptschule bei der Schulbildung, dann sollte sie gleich zum Angelpunkt von Reformen werden. Wirtschaft und Schule müssen im Abschlussjahr enger zusammenarbeiten: durch Praktika und durch die Vermittlung von Erfahrungen aus dem Berufsleben im Rahmen eines Bewerber- und Motivationstrainings. Auch sollten die Jugendlichen vorhandene Ausbildungsplätze nicht einfach ablehnen können. Ansonsten sollten staatliche monetäre Unterstützungsleistungen für sie entfallen.

Fazit: Unser Ausbildungssystem braucht ohne Zweifel frischen Wind, um den sich ändernden Anforderungen gerecht zu werden. Eines ist dabei allerdings überflüssig: eine Ausbildungsplatzabgabe.

K. F. Zimmermann



Forschungsinstitut
zur Zukunft
der Arbeit

IMPRESSUM

Herausgeber: Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
Redaktion: Holger Hintze
IZA, Postfach 7240, D-53072 Bonn
Tel. (02 28) 38 94 222, Fax (02 28) 38 94 180
e-mail: compact@iza.org
Internet: www.iza.org
Grafiken/Fotos: IZA
Layout/Druck: Verlag Andrea Dynowski, Köln